

vom Rat der Europäischen Union in den Ratsschlussfolgerungen von Dezember 2023 vereinbart.

58. Abgeordneter  
**Petr Bystron**  
(AfD)
- Welchen Inhalt (Kurzbeschreibung) und welche Zielrichtung hat das vom Auswärtigen Amt geförderte Projekt „Frauenrechte stärken – Autokratien stoppen“ des Centre for Feminist Foreign Policy (CFFP; bitte Link zum Projekt angeben, falls vorhanden; vgl. [www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/auswaertige-amt-steuergeld-partecipolitik/](http://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/auswaertige-amt-steuergeld-partecipolitik/))?

**Antwort der Staatssekretärin Susanne Baumann  
vom 9. April 2024**

Das Projekt „Frauenrechte stärken – Autokratien stoppen“ des Centre for Feminist Foreign Policy zielte darauf ab, Frauen in autoritären Regimen und in Ländern mit Demokratiedefiziten zu unterstützen und Handlungsempfehlungen zu erstellen, wie Frauenrechte in diesen Ländern nachhaltig gestärkt werden können.

59. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(Gruppe BSW)
- Verhängt die Bundesregierung einen Rüstungsexportstopp an Israel (Stopp der Genehmigungen, tatsächlichen Ausfuhren und Widerruf der erteilten Genehmigungen) vor dem Hintergrund der Weigerung Israels, die völkerrechtlich verbindliche Resolution 2728 des VN-Sicherheitsrates für eine sofortige Waffenruhe im Gazastreifen für die Dauer des Ramadan anzuerkennen und umzusetzen (siehe Israels Außenminister Israel Katz auf dem Kurznachrichtendienst X am 25. März 2024: „Der Staat Israel wird das Feuer nicht einstellen. Wir werden die Hamas zerstören und weiter kämpfen, bis der letzte der Entführten nach Hause zurückkehrt.“ sowie Benjamin Gantz – Minister im Kriegskabinett –, nach dem die VN-Resolution keine operative Bedeutung für Israel habe: [www.tagesschau.de/ausland/asien/netanyahu-us-beziehungen-100.html](http://www.tagesschau.de/ausland/asien/netanyahu-us-beziehungen-100.html)), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls darüber hinaus daraus, dass Israel hier gegebenenfalls damit gezielt und vorsätzlich das Völkerrecht verletzt?

**Antwort der Staatssekretärin Susanne Baumann  
vom 9. April 2024**

Die Bundesregierung begrüßt die Annahme von Resolution 2728 (2024) durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Israel hat ein völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung gegen den bewaffneten Angriff der Terrororganisation Hamas. Dieses Recht auf Selbstverteidigung muss im Einklang mit den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts ausgeübt werden.

Daher haben der Bundeskanzler und die Bundesministerin des Auswärtigen bei ihren Reisen, zuletzt Mitte und Ende März 2024, die israelische Regierung dazu aufgefordert, einen Waffenstillstand und die Ausweitung humanitärer Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu ermöglichen.

Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen nach den rechtlichen und politischen Vorgaben, einschließlich der Berücksichtigung völkerrechtlicher Verpflichtungen.

60. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang Stefinger**  
(CDU/CSU)
- Hat sich Deutschland an der Ukraine-Konferenz in Den Haag ([www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/kriegsverbrechen-konferenz-den-haag-ukraine-krieg-russland-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/kriegsverbrechen-konferenz-den-haag-ukraine-krieg-russland-100.html)) beteiligt, und die Forderung nach finanzieller Entschädigung mit unterzeichnet?

**Antwort der Staatssekretärin Susanne Baumann  
vom 10. April 2024**

Deutschland hat an der am 2. April 2024 vom Königreich der Niederlande, der Ukraine und der Europäischen Kommission gemeinsam ausgerichteten Konferenz „Restoring Justice for Ukraine“ teilgenommen und hat die auf dieser Konferenz verabschiedete politische Erklärung angenommen.

61. Abgeordnete  
**Beatrix von Storch**  
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die ihr gegenüber gemachten Zusicherungen des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA; Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 48 auf Bundestagsdrucksache 20/10791), den vorliegenden Anschuldigungen gegen UNRWA-Mitarbeiter „gründlich nachzugehen“, eingehalten wurden, und ist der Bundesregierung bekannt, ob gegen UNRWA-Mitarbeiter aufgrund der Vorwürfe Disziplinarmaßnahmen ergriffen wurden?

**Antwort der Staatssekretärin Susanne Baumann  
vom 10. April 2024**

Zu dieser Frage wird auf die Antwort der Bundesregierung auf Ihre Schriftliche Frage 48 auf Bundestagsdrucksache 20/10791 verwiesen. Laufende Prüf- und Untersuchungsprozesse dauern an.